

Antrag

der Abgeordneten Schulte (Menden), Dr. Müller (Bremen), Frau Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und der Fraktion DIE GRÜNEN

Gutachtliche Stellungnahme „Umweltprobleme der Ostfriesischen Inseln“, Zuleitung an den Deutschen Bundestag

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

das von Prof. Dr. K. Buchwald, Prof. Dr. G. Rincke und Dr. Dr. K.-U. Rudolph im Auftrag der ostfriesischen Inseln Borkum, Juist, Norderney, Baltrum, Langeoog, Spiekeroog und Wangerooge erstellte Gutachten „Umweltprobleme der Ostfriesischen Inseln“ vom Juli 1985 dem Deutschen Bundestag zuzuleiten.

Der Deutsche Bundestag hält die Drucklegung des Gutachtens in Form einer Bundestagsdrucksache für erforderlich. Es stellt eine wesentliche Fortschreibung des Sondergutachtens „Umweltprobleme der Nordsee“ des Sachverständigenrates für Umweltfragen vom Juni 1980 dar und wird als unabdingbare Arbeitsgrundlage für verschiedene Beratungen und Entscheidungen des Parlaments benötigt.

Bonn, den 2. September 1985

Schulte (Menden)

Dr. Müller (Bremen)

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

Das Gutachten „Umweltprobleme der Ostfriesischen Inseln“ stellt fünf Jahre nach Erscheinen des Sondergutachtens „Umweltprobleme der Nordsee“ eine dringend erforderliche Aktualisierung dar. Das Sondergutachten weist noch eine Reihe von Lücken im Datenmaterial insbesondere der Schwermetalle auf, die durch das vorliegende neue Gutachten geschlossen werden. Dieses Gutachten belegt in detaillierter Form mittels zahlreicher aktueller Unter-

suchungen, daß die Schadstoffbelastung im Wattenmeer weiter anhält und ein „Umkippen“ des Wattenmeeres möglich ist.

Während einer Bundespressekonferenz am 6. August 1985 brachten die Bürgermeister der ostfriesischen Inselgemeinden ihren Willen zum Ausdruck, das Gutachten dem Deutschen Bundestag zuzuleiten.

Während der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages betreffend Nordseesterben am 14. Juni 1985 regte Abgeordneter Baum (FDP) an, „daß wir nach sorgfältiger Lektüre dieser Gutachten von seriösen Leuten . . . hier eine Debatte führen, die wirklich diesen Namen verdient“ und daß „eine seriöse Behandlung des Themas in Kürze und dann wirklich auch mit Hand und Fuß und auch mit guter Vorbereitung in den Ausschüssen“ stattfinden solle. Im Plenarprotokoll ist „Zustimmung bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD“ vermerkt.